



Es war vor 20 Jahren, als ich in Salvador de Bahia, das war die Hauptstadt Brasiliens zu Kolonialzeiten und damit auch größter Umschlagplatz für den Sklavenhandel, das erste Mal mit den sozialen Gegensätzen eines damals noch so genannten Entwicklungslandes konfrontiert wurde. Mein erster Tag führte mich in den Norden der Stadt, wo sich über zig Kilometer entlang der Küstenstraße die Elendsviertel erstreckten, die ich bislang nur aus Büchern oder Filmen kannte. Am nächsten Tag machte ich einen Ausflug in die entgegengesetzte Richtung und mein Staunen hätte nicht größer sein können: Über eine ähnliche Distanz erstreckten sich hier Grundstücke, auf denen sich Villen befanden, die jedem Hochglanzmagazin zur Ehre gereicht hätten. Mein erster Gedanke angesichts dieser Diskrepanz war: Warum sollten ‚wir‘ mit einer wie auch immer gearteten Finanzhilfe eine Entwicklung befördern, deren Auswüchse ich hier besichtigen konnte?

Im Zusammenhang mit der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise taucht dieser Widerspruch in ähnlicher Weise auf. Das Handelsblatt bspw. weidet sich daran, dass im letzten Jahr Porsche seine Exporte nach Spanien um 18% steigern konnte und in Italien der Absatz der Edelkarosse Cayenne um 66% stieg. Nicht überraschend, so berichtet das Blatt weiter, wenn man wisse, dass es im Land mit den blühenden Zitronen 270 000 Millionäre gebe. Ein gefunde-

nes Fressen natürlich auch für die Boulevardpresse, um die Neiddebatte zu befeuern. Diesmal nicht nur im eigenen Land, sondern länder- oder völkerübergreifend. Da ist sie plötzlich wieder, aller olympionischen Schwüre zum Trotz, diese nationale Attitüde, von der wir Deutschen im Besonderen wissen, dass in ihrem Schoß das Nationalistische lauert.

Wie nah dies ist, erlebe ich jeden Tag mit meinen Schülerinnen und Schülern: Junge Leute aus den sozialen Brennpunkten, die nicht nur bildungsmäßig abgehängt sind, sondern die fast alle auch zu den materiell Ärmsten zählen, wo der eine oder die andere schon mal mit der Erklärung und eben nicht mit der Ausrede der Schule fernbleibt, er/sie habe kein Fahrgeld (ein besonderes Problem, seit man im Bus den Fahrschein vorzeigen muss). Die beim Ausflug rumdrucksen, sie hätten keinen Hunger auf Gegrilltes, weil sie sich schämen zu sagen, dass sie die drei Euro Kostenbeteiligung nicht aufbringen können. In

Dieser Widerspruch lässt sich nur aushalten wenn man begreift, dass der Riss, die Trennung nicht zwischen den Nationen existiert, sondern immer zwischen arm und reich in den jeweiligen Ländern. Mein/e Schüler/in aus einer Hartz IV-Familie hat eben mehr gemein mit einem griechischen Kumpel aus einer Arbeiterfamilie als mit dem aus dem benachbarten Stadtteil Blankenese stammenden Kind aus dem Millionärshaushalt. Ist dies einmal ins Bewusstsein gerückt, ist die Gefahr, ins Nationalistische abzurutschen, gemindert. Dass dies nicht leicht ist, merke ich an mir selbst, wenn ich versuche, meine Empörung über den Reichtum in besagten Ländern auf diese Weise zu kanalisieren. Das ist Arbeit und lässt die Widersprüche, die aus der eigenen Lebensweise entstehen, nicht außen vor.

Vielleicht ist es einfacher, sich auf die hiesigen Verhältnisse zu besinnen. Dass die Ungerechtigkeit in der Einkommens- und Vermögensverteilung hier zu Lande zum Himmel schreit, pfeifen ja mittlerweile die Spat-

Joachim Geffers

## Kein Fahrgeld

solchen Momenten überkommt mich ein Würgereiz. Das bleibt, wenn ich die Zeitung aufschlage und das populistische Geschwätz einiger Politiker über die faulen Griechen, die uns über den Tisch zögen, lese. Aber natürlich reagieren meine SchülerInnen wie auch Eltern auf solche ‚Informationen‘ nicht anders als ich in der oben beschriebenen Situation: Sollen die doch erst mal ihre eigenen Leute zur Kasse bitten! Das aus ihrer biografischen Situation nachvollziehbare „Recht“ zu dieser Meinung kann ich gerade ihnen nicht absprechen.

zen von den Dächern. Nur: diese Erkenntnis nützt nichts, solange der Druck von der Straße fehlt. Die Initiative ‚UMfairTEILEN‘, ein breites Bündnis linker Gruppierungen, will das jetzt ändern. In allen größeren Städten des Landes wird zu Protesten am 29. September aufgerufen. Nutzen wir die Chance durch die Teilnahme an diesen Protesten unsere Solidarität mit den hierzulande vom Reichtum ausgesparten *Mitmenschen* und mit jenen Verarmten aus den krisengeschüttelten Ländern Europas zu zeigen.